



# aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche und  
private Fürsorge!**



*Vor wenigen Tagen ist innerverbandlich für den Deutschen Verein gewissermaßen eine Ära zu Ende gegangen. Der langjährige Vorsitzende des Deutschen Vereins, Dr. Konrad Deufel, Oberstadtdirektor Hildesheim a.D., stellte sich nicht erneut zur Wahl. Damit endete eine 8-jährige Amtszeit, die von erheblichen Veränderungen geprägt war. Stichwortartig seien nur die Umstrukturierung des Deutschen Vereins von Abteilungen zu Arbeitsfeldern, die Bildung eines Präsidiums, der Umzug von Frankfurt/Main nach Berlin genannt.*

*Nachfolger wurde der Bundesvorsitzende der AWO und ehemalige erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Schmidt. Für seine neue Aufgabe wünschen wir ihm alles Gute.*

*Die sozialpolitischen Entwicklungen nehmen allerdings nicht die Fahrt auf, die allgemein als nötig erachtet wird. So mutiert die Diskussion um die Gesundheitsreform zu einem vielstimmigen, häufig dissonanten Chor; die Weiterentwicklung des SGB II zeigt ebenfalls noch keine deutlichen Strukturen auf. Alle warten nun gespannt auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Strukturen und Zuständigkeiten des SGB II. Danach wird sicherlich spätestens eine neue Gesetzesrunde notwendig sein. Wie immer wird der Deutsche Verein unter intensiver Beteiligung diese Prozesse in den Blick nehmen.*

*Lediglich das Elterngeld ist vor wenigen Tagen im Parlament verabschiedet worden. Nun wird es mit zu den Aufgaben des Deutschen Vereins gehören, die Implementierung in der Praxis ein Stück voranzubringen. In wenigen Wochen wird das lang erwartete Handbuch zur Kommunalen Familienpolitik des Deutschen Vereins erscheinen, eine Handreichung für die Praxisarbeit vor Ort für alle im Feld Tätigen.*

*Das Thema einer immer älter werdenden Gesellschaft ist stark in den Fokus der Arbeit des Deutschen Vereins gerückt. Insbesondere gilt unser Augenmerk der kommunalen Alten- und Seniorenpolitik. Ohne das übliche allgemein bekannte Wort der Vernetzung überstrapazieren zu wollen, ist auch beim Deutschen Verein die Auffassung in den Vordergrund gerückt, dass nur durch ein Zusammenspiel aller Akteure vor Ort, einschließlich des bürgerschaftlichen Engagements, lebenswerte Bedingungen gerade für die ältere Generation geschaffen werden können. Die in der letzten Sitzung des Vorstandes verabschiedeten Empfehlungen werden hierzu sicherlich eine gute Hilfestellung geben.*

*Bei der Lektüre des Newsletters des Deutschen Vereins wünsche ich Ihnen spannende Minuten.*

Mit freundlichen Grüßen

Michael Löher  
Geschäftsführer des Deutschen Vereins

## Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



### Prof. Dr. Gerhard Vigener

1975 bis 1976  
Rechtsanwalt  
1976 bis 1978  
Regierungsassessor im Landratsamt Calw  
2/1978 bis 11/1978  
Ministerbüro Frau Ministerin A. Griesinger, Sozialministerium Baden-Württemberg  
11/1978 bis 11/1980  
„Beobachter“ für Sozialpolitik in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Bonn  
11/1980 bis 08/1981  
Ministerbüro Sozialministerium Baden-Württemberg  
09/1981 bis 12/2004  
Landeswohlfahrtsverband Baden u.a. Leiter des Landesjugendamtes Baden, Leiter des Landessozialamtes Baden und von 2001 bis Ende 2004 Verbandsdirektor  
1986 bis 1995  
Vorsitzender der BAG der überörtlichen Träger der Sozialhilfe  
seit 2005  
Professor an der Fachhochschule Heidelberg  
seit 1987  
Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins  
seit 2000  
Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins  
seit 2004  
Vorsitzender des Fachausschusses „Soziale Berufe“ des Deutschen Vereins  
außerdem:  
Mitglied und stellv. Vorsitz im Fachausschuss „Rehabilitation und Teilhabe“ des Deutschen Vereins  
Mitglied im Fachausschuss „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“ des Deutschen Vereins  
Mitglied im Fachausschuss „Sozialpolitik, Soziale Sicherung, Sozialhilfe“ des Deutschen Vereins  
Mitglied im Arbeitskreis „Pflegeversicherung“ des Deutschen Vereins  
Mitglied im Wahlausschuss des Deutschen Vereins

## Sitzung des Vorstands des Deutschen Vereins

Am 27. September 2006 hat der Vorstand des Deutschen Vereins folgende Stellungnahmen und Empfehlungen verabschiedet, die in NDV 11 und 12/2006 veröffentlicht werden und auf der Website des Deutschen Vereins [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de) unter Empfehlungen/Stellungnahmen abgerufen werden können:

### *Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung*

In seinen Empfehlungen unterstützt der Deutsche Verein die Kommunen bei einem konstruktiven Umgang mit einer alternden Bevölkerung. Politik für ältere Menschen muss fach- und ressortübergreifend die Lebensbedingungen und die Infrastruktur in den Kommunen so gestalten, dass Menschen so lange wie möglich ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Die Empfehlungen betonen die aktive Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensprozesse.

### *Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG)*

Der Deutsche Verein kritisiert die bisher bekannten Arbeitsentwürfe aus dem Gesundheitsministerium zur geplanten Gesundheitsreform. So belastet der geplante Zusatzbeitrag insbesondere chronisch kranke bzw. schwerstkranke Versicherte. Der Deutsche Verein lehnt die Malusregelung bei Nichtinanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen ab. Gerade chronisch Kranke, Menschen mit schweren Behinderungen und sozial Schwache werden so benachteiligt. Er fordert eine Versicherungspflicht für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe sowie für Asylbewerberinnen und -bewerber, damit niemand ohne Versicherungsschutz bleibt.

Der Deutsche Verein begrüßt die positiven Ansätze in den Arbeitsentwürfen: Die bessere Palliativversorgung, den Ausbau der häuslichen Krankenpflege und die Möglichkeit, zukünftig auch Pflegeleistungen in die integrierte Versorgung einzubeziehen.

### *Empfehlungen zu den aufbau- und ablauforganisatorischen Qualitätsanforderungen der Mietschuldenübernahme und präventiven Hilfen in Wohnungsnotfällen durch die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende*

Der Deutsche Verein fordert eine unbürokratische Übernahme von Mietschulden durch die Job-Center, die seit dem 1. August 2006 für die Bearbeitung von Wohnungsnotfällen zuständig sind. Er empfiehlt den Job-Centern, die bewährten Strukturen der Fachstellen in den kommunalen Sozialämtern zu übernehmen. Wohnungsnotfälle – z.B. aufgrund von Räumungsklagen – erfordern schnelle Entscheidungen, damit die Betroffenen (häufig auch Familien) nicht unmittelbar auf der Straße stehen. Schnelle und unbürokratische Hilfe ist auch deshalb wichtig, weil eine Unterbringung nach Eintreten der Obdachlosigkeit wesentlich teurer ist als eine rechtzeitige Übernahme der Mietschulden.

### *Stellungnahme zum Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Regelsatzverordnung (BR-Dr 635/06)*

Der Deutsche Verein nutzt die aktuelle Änderung der Regelsatzverordnung (RSV), um auf die Unvereinbarkeit hinzuweisen, die zwischen der gesetzlichen Grundlage zur Bemessung der Regelsätze (insbesondere § 28 Abs. 3 S. 2 SGB XII), die eine Berücksichtigung wirtschaftlicher Entwicklungen vorschreibt, einerseits und der starren Vorgabe von Prozentwerten in der RSV andererseits besteht. Ein Ziel der RSV, Vorgaben über „Bemessung und Aufbau der Regelsätze“ (§ 40 SGB XII) zu setzen, kann aus Sicht des Deutschen Vereins damit nicht erreicht werden.

### *Empfehlungen zur Umsetzung des § 8a SGB VIII*

Ausgangspunkt der Empfehlungen sind die gesetzlichen Änderungen durch das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK). Der Deutsche Verein möchte der Praxis konkrete Hilfestellungen geben und dadurch Sicherheit im Umgang mit den neuen gesetzlichen Anforderungen vermitteln. Die gesetzlichen Änderungen durch § 8a SGB VIII werden erläutert, durch die der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung präzisiert worden ist und

bei denen in der Umsetzung das Maß an Gestaltungsfreiheit so zu nutzen ist, dass

im jeweiligen Einzelfall fachlich qualifiziert verfahren werden kann.

## Vorstandswahlen

Auf seiner Hauptausschusssitzung am 27. September 2006 in Berlin hat der Deutsche Verein Wilhelm Schmidt, den Bundesvorsitzenden der AWO, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Wilhelm Schmidt tritt als Repräsentant der freien Wohlfahrtspflege die Nachfolge von Dr. Konrad Deufel, Oberstadtdirektor a.D., an, der als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände seit 1998 den Vorsitz des Deutschen Vereins innehatte. Die aktuelle Ausgabe des NDV 11/2006 berichtet ausführlich über den neuen Vorsitzenden des Deutschen Vereins.



**Dr. Konrad Deufel (links) und Wilhelm Schmidt**

Auch die vier stellvertretenden Vorsitzenden standen zur Wahl. Wiedergewählt wurden Landrat Georg Gorrissen, Landkreis Segeberg, und Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages. Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, und Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, treten als stellvertretende Vorsitzende die Nachfolge von Dr. Jürgen Gohde, Präsident a.D., und Hansjörg Seeh, Erster Bürgermeister a.D., an, die sich nach langjähriger Tätigkeit im Vorstand des Deutschen Vereins nicht mehr zur Wahl gestellt haben.

In den Ergänzungswahlen zum Vorstand wurden weitere Vorstandsmitglieder neu bzw. wieder gewählt. Eine Gesamtübersicht über den Vorstand des Deutschen Vereins ist unter [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de) abrufbar.

## Podiumsdiskussion „Kommunale Familienpolitik“

Anlässlich der Hauptausschusssitzung des Deutschen Vereins am 27. September 2006 waren Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, Wissenschaft sowie der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege eingeladen, gemeinsam über Bedingungen einer nachhaltigen Familienpolitik in den Kommunen zu diskutieren.

In seinem Einführungsreferat definierte Prof. Dr. Hans Bertram, Vorsitzender der 7. Familienberichtscommission, den Politik-

mix aus Zeit, Geld und Infrastruktur als Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik. Es bestand Einigkeit darüber, dass nur ein nationaler Konsens über Ziele und Maßnahmen in der Familienpolitik die Kommunen befähigen wird, Familien vor Ort stark zu machen.

Aus Sicht der Fachleute ist der Standortwettbewerb der Kommunen um die Familie bereits in vollem Gange. Zu den Gewinnern werden diejenigen gehören, die sich aktiv dem Wettbewerb stellen. Dabei gilt es, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik, Bildung und Infrastruktur zukünftig stärker miteinander zu verbinden.

**Christoph Linzbach (BMFSFJ), Staatssekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW) und Ulrike Sosalla (Financial Times Deutschland) (v.l.n.r.) während der Podiumsdiskussion „Kommunale Familienpolitik“**



## Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



### **Paulette Weber**

1978 bis 1979  
Erziehungsberaterin in der Jüdischen Gemeinde Frankfurt/Main  
1979 bis 1998  
selbstständige Kauffrau  
seit 1999  
Leiterin des Sozialreferates in der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.  
seit 2001  
Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins  
seit 2004  
Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins

## Veranstaltungen

Übersicht der Fachtagungen und Seminare des Deutschen Vereins bis März 2007:

11. bis 12. Januar 2007 Ort: Berlin

F 155/07

**EU-Strukturfonds 2007 bis 2013 – Überblick über den Umsetzungsstand**

22. bis 24. Januar 2007 Ort: Münster

F 160/07

**Gestalten bei knappen Ressourcen – Fachtagung für Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten**

05. bis 07. Februar 2007 Ort: Berlin

F 153/07

**Netzwerktagung Controlling in der Sozial- und Jugendhilfe**

07. bis 09. Februar 2007 Ort: Berlin

F 471/07

**Aktuelle Fragen des Heimrechts**

08. Februar 2007 Ort: Hannover

F 601/07

**Aktuelle Fragen im europäischen Beihilferecht**



## Personalien

Im Zeitraum 15. Juli bis 15. Oktober 2006 hat es beim Deutschen Verein folgende Personalveränderungen gegeben:

**Neu im Deutschen Verein sind:**

**Monique Barduhn:** Buchhalterin

**Stefanie Hoose:** Sachbearbeiterin in der Adressverwaltung

**Andreas Tietze:** Referent im Arbeitsfeld II „Kindheit, Jugend, Familie, Gleichstellung“ (seit 1. April 2006)

**Bettina Wagner:** Referentin im Arbeitsfeld IV „Altenhilfe, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit und Grundsatzfragen des Sozialrechts“

**Aus dem Deutschen Verein ausgeschieden sind:**

**Uta Gehre, Beate Irskens, Sabine Kröll, Petra Lemm-Markus, Heike Seupel**

**Weitere Veränderungen:**

**Katharina Schmidt:** ist ab dem 1. Oktober 2006 Sachbearbeiterin der Stabsstelle Internationales

## Wilhelm Schmidt zum Vorsitzenden des Beirats zur Überprüfung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit berufen

Eines der anstehenden Kernvorhaben der Großen Koalition ist die Reform der Pflegeversicherung. Daher hat das Bundesministerium für Gesundheit einen Beirat berufen, der mit der Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs aktiv eine wichtige Fragestellung dieser Reform bearbeiten soll. Zum Vorsitzenden dieses Beirats wurde Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., berufen.

Der gegenwärtige Begriff der Pflegebedürftigkeit steht u.a. deshalb in der Kritik, weil er wichtige Aspekte wie allgemeine Betreuung, Beaufsichtigung und Anleitung oder Kommunikation und soziale Teilhabe nicht ausreichend einbezieht. In diesem Kontext wäre auch das bisherige Begutachtungsverfahren zu überdenken. Dabei ist dann auch die Frage zu klären, wie sich eventuelle Änderungen finanziell auf die Pflegeversicherung und andere Sozialhilfeträger auswirken und welche begleitenden und unterstützenden Angebote z.B. in den Kommunen aufgebaut werden müssten.

Der Beirat wird im November 2006 erstmals zusammenkommen, das Gesamtvorhaben soll bis zum 30. November 2008 abgeschlossen sein. Der Deutsche Verein wird diesen Prozess aktiv begleiten.

## Arbeitstagung der Sozialamtsleiterinnen und -leiter der Großstädte

Vom 21.–22. September 2006 fand in Berlin das halbjährlich vom Deutschen Verein durchgeführte Arbeitstreffen der Sozialamtsleiterinnen und Sozialamtsleiter der Großstädte statt. Neben der Vorbereitung auf die Konferenz des European Social Network (ESN) im kommenden Juli in Berlin und der Information über aktuelle Reformbestrebungen in der Wiener Sozialhilfe standen auch viele aktuelle „nationale“ Themen auf dem Programm. Einen besonderen Schwerpunkt bildete das Thema „Case Management und Steuerung der Sozialleistungen nach dem SGB XII“, über das die Städte einen verstärkten Austausch anstreben. Daneben beschäftigen auch die Sozialämter nach wie vor die Auswirkungen des SGB II und die zahlreichen Änderungen durch das sog. „Fortentwicklungsgesetz.“

## Veranstaltungen

(Fortsetzung von Seite 3)

26. bis 27. Februar 2007 Ort: Erfurt  
F 669/07

**Der Einfluss des europäischen Rechts auf das Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland**

28. Februar bis 02. März 2007 Ort: Erfurt  
F 356/07

**Aktuelle Fragen des Sozialhilfrechts (SGB XII)**

05. bis 07. März 2007 Ort: Berlin  
F 353/07

**Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten zwischen SGB II und SGB XII**

07. bis 09. März 2007 Ort: Berlin  
F 290/07

**Neue Chancen infrastruktureller Familienförderung im kommunalen Raum**

07. bis 09. März 2007 Ort: Münster  
F 350/07

**Leistungsrechtliche Fragen der Umsetzung des SGB II**

08. März 2007 Ort: Berlin  
F 730/07

**Familienkonflikte mit Auslandsbezug – Wie hilfreich sind die neuen internationalen Regelungen?**

12. März 2007 Ort: Berlin  
F 162/07

**Die Rechtsform der Stiftung in der sozialen Arbeit**

12. bis 13. März 2007 Ort: Erkner b. Berlin  
F 466/07

**Die Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung**

19. bis 21. März 2007 Ort: Erkner b. Berlin  
F 662/07

**EU-Fördermittel einwerben: PROGRESS**

Weitere Informationen wie Kurzbeschreibungen der Veranstaltungen und Preise erhalten Sie unter [www.deutscher-verein.de/portal/veranstaltungen/011-veranstaltungen2007](http://www.deutscher-verein.de/portal/veranstaltungen/011-veranstaltungen2007) oder über das Veranstaltungsmanagement: Tel. (030) 62980-605, -606; E-Mail: [veranstaltungen@deutscher-verein.de](mailto:veranstaltungen@deutscher-verein.de) Online-Anmeldungen sind möglich.

## Impressum:

Redaktion:  
Dr. Sabine Schmitt, Berlin  
Tel.: (030) 6 29 80-3 19,  
E-Mail: [s.schmitt@deutscher-verein.de](mailto:s.schmitt@deutscher-verein.de)

Deutscher Verein  
für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Geschäftsstelle:  
10179 Berlin-Mitte,  
Michaalkirchstr. 17/18,  
Tel. Sammel-Nr. (030) 6 29 80-0;  
Fax: (030) 6 29 80-1 50

[www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

Bankverbindung: Deutsche Bank 7233943  
(BLZ 100 700 00).

Gesamtherstellung:  
Werbedruck GmbH Horst Schreckhase,  
Spangenberg  
[www.schreckhase.de](http://www.schreckhase.de)

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).